nen Vermerk als „schwerstkriminellen Missbraucher“ ein. Anzustreben sei eine „Verurteilung zu einer hohen Haftstrafe“ mit anschließender Sicherungsverwahrung.

Vor Gericht beharrt Marco darauf, ausschließlich legale Nacktaufnahmen an einen FKK-Filmvertrieb für Pädophile in Lübeck verkauft zu haben. Die kinderpornografischen Aufnahmen habe er nur für sich selbst gemacht. Wie sie in die Welt gelangt seien, wisse er nicht – vielleicht habe Oskar sie heimlich verkauft? Der kann dazu nichts sagen, er ist zu diesem Zeitpunkt bereits tot.

So kann man Marco nachweisen, Kinder pornos gedreht und gehortet zu haben. Nicht aber den Verkauf. Das Landgericht Potsdam verurteilt ihn zu 34 Monaten Gefängnis, der Bundesgerichtshof kassiert das Urteil in der Revision teilweise. Am Ende kommt Marco mit zwei Jahren davon – wieder auf Bewährung.

Kurz darauf, im November 2013, gibt die Polizei in Toronto bekannt, Azov zerschlagen zu haben. Die Seite ist längst offline, die Aufnahmen der Jungen stehen aber weiter im Netz. Inzwischen werden sie auf russischen Pädophilenseiten angeboten. „Zu wissen, dass die Bilder durch die ganze Welt gehen“, so sagte eines der Opfer der Polizei, „ist nicht schön.“ Ein Gedanke, den er den Rest seines Lebens aushalten muss.

Und was sagt der Mann, den seine Opfer als Marco kannten und seine Fans als Thomas Leroy? An der Haustür, in Jogginghose und Badelatschen, gab er sich wortkarg, doch in den Wochen danach antwortet er ausschweifend auf E-Mails. Er beharrt darauf, in „keinerlei – wie auch immer gearteter – Verbindung“ zu Azov gestanden zu haben. Die Firma habe „Raubkopien“ seiner Werke vertrieben. „Mir ist nicht bekannt, dass auch nur ein einziger der von bevollmächtigten Vertriebsfirmen in den Handel gebrachten Leroy-Filme als pornografisch eingestuft wurde.“

Marco schreibt, er könne sich dem Thema „aktuell nur von der theoretischen Meinungsbildung nähern“, eine Kamera habe er schon seit 2006 nicht mehr in der Hand gehalten. Bedauern für seine Taten sucht man in seinen Zeilen vergebens. Marco findet, Nacktheit sei „der völlig ursprüngliche Zustand – also ganz besonders bei Kindern“, auch wenn das „supersauren Moralwächtern und eifernden Weltverbessern“ nicht passe.

Wie er heute neben der „theoretischen Meinungsbildung“ mit seiner Pädophilie umgeht, dazu will er nichts schreiben. Er hat sich zurückgezogen, die Fenster zur Straße sind abgedunkelt. Auf seinem Briefkasten klebt ein Hinweis für den Paketboten: „Keine Aushändigung an Dritte!“

Wolf Wiedmann-Schmidt, Antje Windmann

Kommentar

Das Geständnis als Trophäe

Der verstockte Täter ist eine Figur der juristischen Romantik. Im Obrigkeitsstaat galt: Wer keine Reue zeigt, der verdient es, besonders hart angefasst zu werden. „Ich habe meine Strafe verdient und bitte um eine gehörige solche“: So etwas stimmte den Richter gnädig.

Es scheint, dass in der niedersächsischen Justiz diese Vergangenheit nicht vorbei sei. Er müsse Reue zeigen und ein Geständnis ablegen, hat in Verden an der Aller der Staatsanwalt vom Angeklagten Sebastian Edathy am ersten Prozesstag Montag dieser Woche verlangt – nur dann werde die Anklage ihr Einverständnis zur Einstellung des Kinderpornografieverfahrens geben.

Im aufgeklärten demokratischen Staat kann Reue keine strafrechtliche Kategorie sein. Denn der Staat hat das Strafmonopol nicht, um seine Menschen zu erziehen und ihnen die rechte Gesinnung beizubringen wie Hunden, die man mit der Nase in das Häufchen stößt, das sie auf dem Teppich hinterlassen haben. Aufgeklärtes Strafrecht dient zwei öffentlichen Interessen: zu verhindern, dass der Täter oder andere solche Taten wiederholen – und klarzustellen, dass die Normen, die sich eine demokratische Gesellschaft gegeben hat, bitterernst gemeint sind.

Natürlich hat auch das moderne Strafrecht zu berücksichtigen, wie der Täter sich nach der Tat verhalten hat. Hat er versucht, den Schaden, den er angerichtet hat, zu reparieren? Hat er sich wenigstens bei seinen Opfern entschuldigt? „Tätige Reue“ stimmt Richter und Staatsanwälte mit Recht milde – nicht weil sie Reue ist, sondern weil sie tätig ist.

Es ist im öffentlichen Interesse, wenn ein Täter seinen Teil dazu beiträgt, dass die unbedingte Geltung der Rechtsordnung wiederhergestellt wird, durch den actus contrarius ihrer Verletzung. Und man kann es dem Täter positiv anrechnen, wenn er, ob reuig oder nicht, durch ein Geständnis das legitime öffentliche Interesse an der zügigen Abwicklung eines Prozesses bedient.

Doch in Verden liegt der Fall anders. Sebastian Edathy ist, ähnlich wie vor ihm Christian Wulff, von der Strafjustiz aus seinem Leben gerissen worden, von Staatsanwälten, die – zu Recht! – einem Verdacht nachgingen. Und nun müssen sie, wenn sie ehrlich sind, zugeben, dass die Anklagepunkte gegen Edathy streng strafrechtlich gesehen Vorwürfe sind, wie sie tausendfach jedes Jahr ermittelt werden – um alsbald wieder eingestellt zu werden.

Es hat keine moralische Bedeutung, sondern ist allein Ausdruck juristischer Professionalität, wenn das Gericht im Fall Edathy zu dem Ergebnis kommt, die Anklage sei vergleichsweise belanglos: keine schwere Schuld, auch kein unüberwindliches öffentliches Interesse, die Tat durch den Hammer staatlicher Strafe zu ahnden. So etwas kann man durch Einstellung gegen Auflage erledigen.

Umso schlimmer für die Staatsanwaltschaft: Sie sieht sich – wie schon im Fall Wulff – mit dem Vorwurf konfrontiert, das Leben eines Mannes zerstört zu haben. Das Pochen des Staatsanwalts auf reuige Unterwerfung des Angeklagten Edathy dient keinem öffentlichen Interesse, sondern soll von dem mickrigen Ergebnis ablenken.

Erst ein Geständnis, das ist Ehrensache unter den Jägern des Bösen, ist die Trophäe. Befriedigt kann die niedersächsische Justiz ihre Akten schließen: siehste.

Nachsatz: Natürlich sollte Sebastian Edathy bereuen, was er tat.

Aber was geht das den Staatsanwalt an?

Thomas Darnstädt

**„Tätige Reue“
stimmt Richter und
Staatsanwälte
mit Recht milde –
nicht weil sie
Reue, sondern weil
sie tätig ist.**